

Lorsch freut sich über 93 975 Euro

Zuwendungsbescheid des Landes Hessen für neues Feuerwehrfahrzeug

Von Christopher Frank

LORSCH. Die Stadt Lorsch wird bei der Anschaffung eines neuen Feuerwehrfahrzeugs vom Land Hessen unterstützt. „Dieser Tage ist der entsprechende Bescheid des hessischen Ministeriums des Innern und für Sport über eine Zuwendungsbescheid in Höhe von 93 975 Euro bei uns eingegangen“, bestätigt Bürgermeister Christian Schönung.

Die Gesamtkosten für das neue Hilfeleistungs-Löschgruppenfahrzeug HLF 20, das aller Voraussicht nach im Frühjahr oder Sommer 2020 die Flotte der Lorsch Feuerwehrt erweitert wird, beziffert das Stadt- oberhaupt auf rund 400 000 Euro.

Die vergleichsweise lange Zeitspanne zwischen dem Eingang des Zuwendungsbescheids und der endgültigen Anschaffung begründet Schönung mit der nun anstehenden offiziellen Ausschreibung: „Vor dem Bescheid durften wir nicht

tätig werden, jetzt müssen unsere Ehrenamtlichen zunächst die gewünschte Konfiguration des Fahrzeugs zusammenstellen. Und danach warten wir auf die entsprechenden Angebote der in Frage kommenden Hersteller.“

Dass die Lorsch schon jetzt in den Genuss der Landes-Zuwendung kommen, kam indes durchaus überraschend. Schönung: „Wir standen für dieses Jahr ursprünglich nur auf Platz vier der Liste. Da eigentlich nur die ersten drei Kommunen bezuschusst werden, hatten wir uns darauf eingestellt, erst im nächsten Jahr an der Reihe zu sein. Der Rückzug einer anderen Gemeinde hat uns jetzt in die Karten gespielt.“ Gänzlich unvorbereitet auf diese Eventualität waren die Lorsch Kommunalpolitiker freilich nicht: „Die Stadtverordnetenversammlung hat die entsprechenden Beschlüsse frühzeitig gefasst, sodass alle Voraussetzungen auch jetzt schon erfüllt sind.“

Freie Wähler fehlen

Akteneinsichtsausschuss billigt Bericht zu Groß-Rohrheimer Immobilien-Streit

Von Michael Burmeister

GROSS-ROHRHEIM. Die Geschichte beschäftigt Groß-Rohrheimer Kommunalpolitiker nun schon seit einigen Monaten. Im Akteneinsichtsausschuss geht es um die Klärung von Mietausfällen des gemeindeeigenen Hauses in der Speyerstraße 36. Der Fall liegt schon über zehn Jahre zurück. Die Freien Wähler waren es, die diesen Ausschuss einst ins Leben gerufen hatten. Am Dienstagabend fand die vermutlich letzte Sitzung des zweiten Ausschusses zur selben Thematik statt – allerdings ohne Beteiligung der Freien Wähler, die das Ganze einst ins Rollen brachten. Gekommen waren lediglich die Vertreter von CDU (Kurt Kautzmann) und SPD (Horst Menger und Peter Hess). Nach nur wenigen Minuten war die Sitzung beendet.

Zuvor hatten die drei Ausschussmitglieder den Entwurf eines Abschlussberichts einstimmig zur Kenntnis genommen und diesen zur Verabschiedung für die Sitzung des Gemeindeparlamentes Anfang November empfohlen. „Der

vorgelegte Entwurf beinhaltet nichts Neues“, so Horst Menger. Es ist aber davon auszugehen, dass es in der nächsten Gemeinderatssitzung wohl Widerstand oder zumindest Einwendungen der Freien Wähler geben wird. Die hatten damals schon moniert, dass eine Vielzahl der von ihnen zur Thematik gestellten Fragen an die Verwaltung und den Gemeindevorstand nicht beantwortet worden seien. Der Mietausfall und die inzwischen aufgelaufenen Rechtskosten betragen rund 18 000 Euro. Während die Freien Wähler die Baugenossenschaft Ried gerne in Regress nehmen würde, sagen die anderen, dass man das Ganze auf sich beruhen lassen soll, da vom Verursacher, den einstigen Mietern, ohnehin nichts zu holen ist.

Der Abschlussbericht empfiehlt daher: „Durch die Arbeit des Akteneinsichtsausschusses haben sich keine neuen Erkenntnisse ergeben, die über den Abschlussbericht des ersten Akteneinsichtsausschusses Speyerstraße 36 hinausgehen.“



Christine Brehm und Walfried Günther vom Ordnungsamt sind als Fahrradstreife in der Stadt unterwegs. Foto: photoagenten/Ben Pakalski

Kontrollieren und abschleppen

Wormser Ordnungsbehörde will Sanktionen gegen Falschparker verschärfen

Von Johannes Götzen

WORMS. „Wir sind jetzt am Umdenken, sonst verlieren wir den Konflikt mit den Falschparkern.“ Diese Devise hat Bürgermeister Hans-Joachim Kosubek (CDU) ausgegeben. Er war am Montag mit leitenden Mitarbeitern des Bereiches Sicherheit und Ordnung in Ludwigshafen, wo seit diesem Sommer ein Pilotprojekt läuft, um die Problematik in den Griff zu bekommen.

Elf sogenannte Parkkrallen hat die Chemiestadt angeschafft – die schon zum Einsatz kommen, wenn jemand die zulässige Parkzeit eine Stunde überschritten hat. 36 Mitarbeiter sind dort für die Überwachung des ruhenden Verkehrs zuständig. Ihr rigoroses Vorgehen lässt sich in Zahlen messen: Seit Beginn der Pilotphase im Juni wurden 3800 Fahrzeuge abgeschleppt, berichtet Kosubek erkennbar beeindruckt.

Rücksichtslosigkeit der Falschparker nimmt zu

„Wir sind nicht Ludwigshafen“, sagt Kosubek. Doch seien die Rücksichtslosigkeit und das völlig fehlende Unrechtsbewusstsein bei vielen Falschparkern einfach nicht mehr hinnehmbar. Als Beispiele nennt er den Zustand am Wochenende im „Wäldchen“: Er selbst habe Falschparker angesprochen und sei übel beschimpft worden. In der Korn- gasse werde rücksichtslos ge-

parkt und immer wieder in der Bahnhofstraße vor den Kneipen – dabei ist dort das Parkhaus „am Theater“ nur 30 Meter entfernt. Die Erkenntnis aus dem Besuch in Ludwigshafen: Es sollen auch für Worms Parkkrallen angeschafft werden. Auch wenn deren Einsatzmöglichkeiten eingeschränkt bleiben müssen, etwa, wenn jemand behindernd parkt – denn mit Krallen am Rad kann er ja dann erst einmal nicht weg. Darüber hinaus soll künftig deutlich schneller abgeschleppt werden. Dafür sollen zunächst die Voraussetzungen geschaffen werden, kündigt Kosubek an. Das bedeutet, dass diese „Dienstleistung“ ausgeschrieben werden muss. Denn nur, wenn ein Abschleppdienst auch innerhalb von 20 Minuten vor Ort sein kann und dann auch ausreichend Fläche

zur Verfügung steht, um abgeschleppte Fahrzeuge wieder abzuladen, funktioniert diese Form der Sanktionierung. Schließlich beginnen in dieser Woche die Haushaltsberatungen, in denen es auch um den Stellenplan geht. Hier hat Kosubek zu den bisherigen 5,5 Stellen für den Bereich Überwachung ruhender Verkehr drei weitere beantragt, was der Stadtrat aber noch genehmigen muss.

Bereits angelaufen ist eine andere Neuerung: Erstmals in ihrer Geschichte hat die Ordnungsbehörde eine mobile Fahrradstreife eingeführt. Christine Brehm und ihr Kollege Walfried Günther sind in ihren blauen Uniformen nun täglich mit ihren Sporträdern vor allem in der Innenstadt unterwegs, um zugedachte Straßen, Plätzen und Fahrradwegen auf die Spur zu kom-

mens, bei Streitigkeiten einzuschreiten und andere Überwachungsaufgaben wahrzunehmen. „Mit dem Rad ist man im Innenstadtbereich schnell an Ort und Stelle und bewegt sich zudem umweltfreundlich“, sieht Bürgermeister Hans-Joachim Kosubek hier klare Vorteile. Erst seit wenigen Tagen sind die beiden städtischen Beschäftigten im Einsatz, doch schon sei ihre Präsenz von Bürgern positiv wahrgenommen worden, berichtet Abteilungsleiter Stefan Laskowski, der die Idee zu dieser Fahrradstreife hatte. Eine Woche sind sie tagsüber im Einsatz, die darauffolgende Woche bis in die Abendstunden. Bei der Polizei ist der Streifen- dienst per Fahrrad schon seit längerer Zeit verankert.

aus innovativ. Entgegen dem üblichen Bewerbungsmuster spricht er potenzielle Mitarbeiter offen an. „Der Chef bewirbt sich“, lautet sein Motto, mit dem er nach eigenen Angaben bei der künftigen Belegschaft punktet: „Wir haben bereits 30 Führungsstellen besetzt. Das waren alles Initiativbewerbungen.“ Insgesamt will er 45 Arbeitsplätze auf 60 Köpfe verteilen. Hinzu kommen Kooperationen mit Haus- und Fachärzten, Therapie- und Hospizzentren sowie der Alten- und Krankenpflegeschule.

Und auch mit der nebenan entstehenden Schön-Klinik sind Synergien erwünscht.

„Wir sind nicht Ludwigshafen“, sagt Kosubek. Doch seien die Rücksichtslosigkeit und das völlig fehlende Unrechtsbewusstsein bei vielen Falschparkern einfach nicht mehr hinnehmbar. Als Beispiele nennt er den Zustand am Wochenende im „Wäldchen“: Er selbst habe Falschparker angesprochen und sei übel beschimpft worden. In der Korn- gasse werde rücksichtslos ge-



Voll des Lobes für FPZ-Gründer Herbert Fanese (rechts): Bürgermeister Christian Schönung (links), Alexander Bauer, Staatssekretär Wolfgang Dippel sowie Alexander Löffelholz, Vorsitzender der Lorsch CDU. Foto: Karl-Heinz Köppner

Von Christopher Frank

LORSCH. „Hier entsteht etwas ganz Besonderes.“ Wolfgang Dippel, Staatssekretär im hessischen Ministerium für Soziales und Integration, war am Donnerstagmittag voll des Lobes für das „Fachpflegezentrum Bergstraße“ (FPZ), das Anfang Februar an der Lorsch Hildegard-von-Bingen-Straße seinen Betrieb aufnehmen soll. Auf drei Ebenen soll das FPZ dann bis zu 47 Wachkoma-Patienten Platz bieten – in modern eingerichteten Einzelappartements und mit großflächigen „Wohnbereichen“. Zehn Appartements werden im Obergeschoss überdies so ausgerüstet, dass Dialysepatienten direkt vor Ort versorgt werden können.

„Ich bin fest davon überzeugt, dass Ihr Konzept aufgehen wird. Es handelt sich dabei um ein Modellprojekt, bestimmt wird es sehr schnell Folgemodelle geben. Der Bedarf ist zweifellos da“, sagte Dippel bei einem gemeinsamen Rundgang mit Lorsch Bürgermeister Christian Schönung und dem Bergstraße Landtagsabgeordneten Alexander Bauer in Richtung FPZ-Gründer Herbert Fanese. Tatsächlich gibt es in Deutschland rund 30 000 Wachkoma-Patienten, 1500 kommen, so Fanese, jährlich hinzu.

Für Fanese ist das „Fachpflegezentrum Bergstraße“ nicht nur ein Geschäftsmodell, sondern in erster Linie eine Herzangelegenheit. Vom Steuerfachangestellten wurde

der 41 Jahre alte Rimbacher zunächst zum Altenpfleger um, ehe er sich in den vergangenen 20 Jahren kontinuierlich weiterbildete. Vor vier Jahren traf er schließlich die Entscheidung, seine Ideen von einer ganzheitlichen Pflegeeinrichtung für Wachkoma-Patienten in die Tat umzusetzen.

Kurze Wege und moderne Kommunikationsmittel

Besonderen Wert will er schon vor der offiziellen Betriebsaufnahme auf seine künftigen Mitarbeiter legen. Ab Januar will er sein Team mit Schulungen und Einweisungen auf den Start vorbereiten. Zudem setzt er auf kurze Wege und moderne Kommunikationsmittel. Die „digitale

Akte“ soll hier zum Standard werden. „Wir Klinikbetreiber sind dafür verantwortlich, unseren Mitarbeitern gute Arbeitsbedingungen zu bieten. Nur wenn das der Fall ist, ist auch die Pflege gut.“

Auch bei der Rekrutierung des Personals zeigt sich der Unternehmensgründer über-

aus innovativ. Entgegen dem üblichen Bewerbungsmuster spricht er potenzielle Mitarbeiter offen an. „Der Chef bewirbt sich“, lautet sein Motto, mit dem er nach eigenen Angaben bei der künftigen Belegschaft punktet: „Wir haben bereits 30 Führungsstellen besetzt. Das waren alles Initiativbewerbungen.“

Insgesamt will er 45 Arbeitsplätze auf 60 Köpfe verteilen. Hinzu kommen Kooperationen mit Haus- und Fachärzten, Therapie- und Hospizzentren sowie der Alten- und Krankenpflegeschule. Und auch mit der nebenan entstehenden Schön-Klinik sind Synergien erwünscht.

Und auch mit der nebenan entstehenden Schön-Klinik sind Synergien erwünscht.

LESERBRIEFE

Zum Artikel „Stein des Anstobes“ (13. Oktober) über eine Brücke in Nordheim, auf der ein Hakenkreuz zu sehen ist, erreichten uns Leserbriefe:

Doch nicht 1937?

Ich finde es seltsam, dass sich niemand mit der Frage befasst, wann das Hakenkreuz an die Stelle kam. Die Umgebung des Hakenkreuzes auf dem Sandstein ist offensichtlich nach Fertigstellung der Jahreszahl „1937“ bearbeitet worden. Entweder hat jemand versucht, das Hakenkreuz zu entfernen oder die sichtbaren Spuren sind beim nachträglichen Anbringen des Hakenkreuzes (nach 1945?) entstanden. Im letzteren Fall könnte es gar keine Diskussion geben: Das Hakenkreuz würde dann keinen Denkmalschutz genießen, sondern wäre zu entfernen. Wenn das Hakenkreuz vor dem 8. Mai 1945 angebracht worden sein sollte (was ich bezweifle), dann stellt sich die Frage, wer das veranlasst hat und aus welchen Gründen. Der nationalsozialistische Staat verwendete den bekannten Reichsadler mit den waagerechten Schwingen, der einen Laubkranz mit darin befindlichem Hakenkreuz in den Fängen hält. Er hätte nie das pure Hakenkreuz eingesetzt. Außer den staatlichen Behörden, die den Bau der Brücke veranlasst haben, käme noch die „Deutsche Arbeitsfront“ beziehungsweise der „Reichsarbeitsdienst“ oder die „Organisation Todt“ in Betracht. Auch diese hatten aber ihre eigenen Embleme. Die Nachforschungen in Biblis konnten keinen Erfolg haben, weil Nordheim damals nicht zu Biblis gehörte, sondern zum Landkreis Worms.

Ulrich von Heyl
Lampertheim

Zum selben Artikel:

Vieles bleibt offen

Ausgehend von der Sachinformation: Leider geht aus dem Bericht nicht hervor, wer Auftraggeber zur Sanierung der Brücke war. Schade, denn Angaben hierzu würden sehr schnell Klarheit schaffen! Die Statements der Fachpersonen lassen alles offen und sorgen für noch mehr Verwirrung. Gehen wir von einem fachbewussten und gesetzeskonformen Ablauf aus. Das Hessische Denkmalschutzgesetz gilt für alle – private wie öffentliche Bereiche! Dies muss im Bewusstsein aller Beteiligten gewesen sein – definiert sich ein Nicht-Einhalten laut Gesetz als Ordnungswidrigkeit, welche als solche auch geahndet werden kann. Eine vorschnelle Lösung, Öffentlichkeit herzustellen, indem zum Beispiel eine Hinweistafel aufgestellt wird, ist wohl ebenso kontraproduktiv zu sehen wie der Verweis „da kommt doch sowieso selten einer hin“ oder der Begriff „ungeliebtes Denkmal“. Den Ansatz, Gespräche zu führen und Transparenz zu schaffen und somit einen ergebnisoffenen Prozess einzuleiten, halte ich für das Mindeste!

Volker Scheib
Biblis

KURZ NOTIERT

Führung fällt aus

LORSCH (red). Wie die Stadtverwaltung mitteilt, fällt die für Sonntag, 21. Oktober, geplante Veranstaltung „Mo(nu)ment mal!“ wegen eines Krankheitsfalls aus. Bei der Führung sollte es um die archäologischen Ausgrabungen der vergangenen Jahre im Bereich des Benediktinerplatzes gehen.